Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.
Redaktion: Johannisgasse 8. Sprechstunde: 5—6 Uhr Nachm. Fernsprecher: 153.
Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 222.
Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4646), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2035) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 289. **Donnerstag** den 9. Juni 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichstag nahm gestern den Kommissionsantrag auf Neuausprägung von Dreimarkstücken trotz des Widerspruches der Regierungsvertreter in zweiter Lesung an, ebenso die ganze Novelle zum Münzgesetz.

* Das preußische Abgeordnetenhaus überwies gestern die Vorlage betr. Kontraktbruch ländlicher Arbeiter einer Kommission von 14 Mitgliedern.

* Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Manteuffel, soll für den Herbst zum Nachfolger des preußischen Ministers des Innern in Aussicht genommen sein.

* Gestern vormittag fand in Kopenhagen die Eröffnungssitzung der europäischen Fahrplankonferenz unter Teilnahme von etwa 200 Delegierten statt. Die nächste Konferenz tagt am 6. und 7. Dezember d. J. in München.

Der Berliner Frauenkongress.

In den nächsten Tagen wird Berlin unter dem Zeichen der Frauenbewegung stehen. Schon neulich — so schreibt uns unser Berliner Vertreter — sah ich im Palasthotel über ein Dutzend augenscheinlich amerikanischer Damen, die sämtlich den höheren Semestern angehörten, zum Frühstück versammelt, bei dem sie klares Wasser in Fülle zu sich nahmen, um die Kehlen für die bevorstehenden heißen Redeschlachten zu schmeidigen. Die älteste der Vorkämpferinnen wurde von einer der jüngeren Damen mit einem Handkuß und einer Verbeugung begrüßt, die fast einem Kniefalle glich und die ich nur zu einer Zeit, da ich noch nicht als „verfehlte Existenz" den journalistischen Beruf ausübte, an kleinen Höfen gesehen habe, an denen bekanntlich die Etiquette die groteskesten Formen annimmt. So erfreulich Ehrerbietung gegen das Alter in jeder Beziehung ist, so mutete mich doch dieser Kniz, in dem sich für die Begrüßende sichtlich die weltgeschichtliche Wucht des Momentes zusammenfaßte, nicht gerade sehr verheißungsvoll an. Also auch in dem Staate der Zukunft, den das Frauenstimmrecht uns bescheren will, werden diese chinesischen Formen sich weitererben. Ich hatte geglaubt, daß an ihre Stelle die bekannte amerikanische Nüchternheit treten würde. Aber vielleicht geht es auch mit diesem Staate so, wie mit vielen anderen; im Grunde genommen wechseln nur die Aeußerlichkeiten und sichtlich bleibt es beim Alten.

Diese Vermutung, die vielleicht unbegründet ist, kommt mir, offen gestanden, sehr zu passe, denn der moderne Mensch ist kongreßfatt. Es ist einfach unerträglich, daß die lieben Leutchen, wenn Pfingsten gekommen ist, alle in Zungen reden und vor der breitesten Oeffentlichkeit konstatieren müssen, daß der heilige Geist sich auch über sie ergossen habe. Ich beantrage, daß seitens der Regierung oder, wenn das demokratischen Gemütern mißfällt, seitens des Parlamentes eine Verteilung sämtlicher Kongresse über das ganze Jahr festgesetzt werde. Auf jeden Tag wird dann etwa ein Kongreß fallen, und das dürfte auch dem wütendsten Vereinsmeier vollauf genügen. Soviel aber steht fest: die Aufnahmefähigkeit des Großstädters entspricht den Anforderungen nicht mehr, die an sie gestellt werden. Trotzdem gebe ich zu, daß die Frauenfrage eine ernste Sache ist, über die man, so lange es irgend geht, ernst reden soll. Es geht nur nicht immer lange. Denn mit dem Augenblick, wo die politischen Forderungen der Frauen auftauchen, beginnen wir Männer, wie wir nun einmal sind, zu lächeln, und die Ungalanten unter uns entblöden sich sogar nicht, laut zu lachen. Denn allen politischen Rechten müssen auch gewisse Pflichten entsprechen, und dem passiven Wahlrecht der Frauen müßte unbedingt die militärische Dienstpflicht an die Seite gestellt werden. In den politischen Forderungen der Frauen erblicken wir eine törichte Gleichmacherei, die die Anlagen der Geschlechter hochmütig ignoriert oder geflissentlich verkennt. Daß Mann und Frau nun einmal verschiedene Funktionen ausüben, ist eine triviale, aber noch niemals widerlegte Wahrheit, eine der wenigen „ewigen" Wahrheiten, die erst dann in die Rumpelkammer geworfen werden könnte, wenn entweder das männliche Geschlecht die Geburt der Nachkommenschaft in Zukunft zu übernehmen fähig und geneigt wäre oder wenn sich Kinder nach den Rezepten des Freiherrn von Münchhausen retortenmäßig herstellen ließen. Unsere Politik trägt übrigens unleugbar schon heute einen femininen Zug und wir möchten einmal sehen, welchen Zickzackkurs der Staat erst nehmen würde, wenn an Stelle des Grafen Bülow eine Gräfin Bülow stände, womit wir natürlich nicht etwa auf die Frau des Reichskanzlers anspielen wollen, der irgend welche politische Velleitäten nicht nachgesagt werden können.

Töricht aber wäre es, um dieser Exzesse willen das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es ist nicht zu leugnen, daß eine große Zahl von Frauen genötigt ist, ledig zu bleiben, und daß diese Frauen sich ihren Lebensunterhalt selbständig verdienen müssen. Für wohlmeinende Männer kann es dieser Entwicklung gegenüber nur einen Standpunkt geben: den, die Bemühung dieser Vereinsamten ritterlich zu unterstützen. Aber das ist nicht der einzige Gesichtspunkt. Der zweite, nicht materielle, ist der, daß in der Tat die Frau bisher zu sehr als verborgenes Veilchen im Hausgarten geblüht hat. Es ist natürlich und berechtigt, daß sie danach strebt, ihre Fähigkeiten möglichst zu entfalten, und nach unserer Ansicht steht dieses Streben, wenigstens in den höheren Ständen, nicht in einem unlöslichen Widerspruche zu ihren Aufgaben als Gattin, Mutter und Hausfrau. Die moderne Entwicklung hat ja dahin geführt, daß der Hausfrau viele kleinliche Tätigkeiten abgenommen worden sind, von denen unsere Großmütter nicht gelassen hätten, die sie als ihre heiligsten Privilegien betrachteten. Die Antwort, die einst Napoleon der eitlen Frau von Staël auf ihre Frage, welche Frau er am meisten schätze, erteilte: „Diejenige, die die meisten Kinder habe!", diese Antwort erscheint uns rüde und fast unsittlich. Es liegt in ihr das Verdammen zu animalischem Leben, das niemand billigen kann, der an eine Vervollkommnung des Menschengeschlechts glaubt. Die volle Entwicklung der Frau kann vielmehr auch im kleinsten Familienkreise nur segensreich wirken. Sie wird ihrem Manne und ihren Kindern weit mehr sein können, als dies unseren Müttern und Großmüttern — von Ausnahmefällen abgesehen — möglich war. Selbstverständlich werden diese Hoffnungen sich nur dann erfüllen, wenn das Weib weiblich bleibt, wenn seine Entfaltung nicht künstlich in eine falsche Bahn geleitet wird, und wenn der Versuch unterlassen wird, das Weib zu vermännlichen.

Indessen können wir doch sagen, daß die hervorragendsten Frauen diese Klippen rechtzeitig gesehen und klug umschifft haben, und daß die Bewegung immer mehr jenes Gefühl für das Maßhalten zeigt, das das beste Zeichen der Kraft ist. Eine Erscheinung wie Frau Lili Braun nehmen wir aus. Sie überträgt einfach die sozialdemokratische Taktik auf die Frauenbewegung und sagt: „Laßt uns erst die politische Macht erringen, und dann werden wir durch dieses Mittel die völlige Befreiung der Frau erreichen." Diese Art von Reform trägt die Züge des Phrasentums und des Doktrinismus, die nun einmal der Sozialdemokratie eigen sind. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Frau, der diese Deklamation durchschauen und in Bahnen beharren wird, die insofern wirklich „politische" genannt werden dürfen, als sie dahin führen, daß das Notwendige getan und das Mögliche erreicht wird.

Der Aufstand der Herero.

Die militärische Lage.

Die Linie Outjo-Omaruru erscheint neuerdings als erheblich bedroht. An mehreren Stellen sind neue Hererobanden aufgetaucht. In Gefahr befinden sich vor allem die Heliographenstationen Etaneno und Okowakuatjiwi. Bei der ersteren hat schon vor Monaten der Führer der ehemaligen vierten Kompagnie in Outjo, Hauptmann Kliefoth, den Feind geschlagen und ist dabei selbst verwundet worden. Okowakuatjiwi ist bereits zu Anfang der vorigen Woche einmal angegriffen worden. Die Herero wurden mit einem Verlust von 6 Toten zurückgeworfen. Die Wasserstellen bei beiden Stationen sind nunmehr verschanzt, die Besatzungen durch die zum neuformierten ersten Feldregiment gehörige Kompagnie des Hauptmanns Frhrn. v. Welck von Outjo aus verstärkt worden. Es erscheint der „Nat.-Ztg." nicht ausgeschlossen, daß auch Hauptmann Francke, der zur Zeit den Bezirk von Omaruru säubert, zur Unterstützung der gefährdeten deutschen Stationen einen Vorstoß gegen Norden unternimmt. Bedauerlich ist, daß so erhebliche deutsche Streitkräfte, die sonst ebenfalls zum konzentrischen Vormarsch gegen den Waterberg im Nordosten verfügbar wären, durch die neuen Ereignisse an der Linie Omaruru-Outjo festgehalten werden. Man wird allerdings kaum annehmen können, daß die Horden von Etaneno und Okowakuatjiwi in zielbewußtem Einverständnis mit der Hauptbande Samuels am Waterberg handeln. Völlig ausgeschlossen ist es nach früheren Erfahrungen nicht.

Die Nordostkolonne v. Estorffs hat ihr altes Lager bei Okamatangara, wo sie mehrere Wochen stand, verlassen und ist nach Nordwesten gegen den Omuramba aufgebrochen. Schon am 1. Juni stand sie nur noch fünfundzwanzig Kilometer südöstlich vom Ufer dieses Stromes entfernt. Der Oberhäuptling Samuel Maharero soll augenblicklich mit gesammelter Macht bei Otahitua am Omuramba selbst sitzen. Otahitua ist in einem halben Tagemarsch von der Stellung aus, die Estorff am 1. Juni inne hatte, zu erreichen. Die Nordostabteilung muß also bereits Fühlung mit der Hauptmacht der Herero haben. Estorff wird allerdings kaum zum Angriff schreiten, ehe nicht die am 5. Juni in Otjosazu gesammelte Hauptkolonne unter Leutwein ebenfalls für einen Hauptschlag gegen Samuel verfügbar zur Stelle ist. Wenn die Zentralabteilung nun endlich einmal wirklich gegen den Omuramba und den Waterberg aufbricht, dann erscheint die Hoffnung auf eine baldige Einschließung und Vernichtung Samuels und seiner Banden am mittleren Omuramba als nicht unberechtigt. In nicht allzu großer Entfernung Omuramba abwärts steht der Distriktschef von Grootfontein, Oberleutnant Volkmann mit seinem Detachement, die Nordkolonne unter Zülow, die Volkmann Verstärkung bringen soll, stand am 25. Mai bei Naibaus, 70 Kilometer nordöstlich von Outjo, genau halbwegs auf der Straße Outjo-Otavi. Zülow konnte demnach heute bereits in der Nähe Volkmanns und des Omuramba angelangt sein. Samuel, der sein altes Lager bei Osire wegen Wassermangels verlassen mußte, würde also in seiner neuen Stellung bei Otahitua von der Einschließung durch drei starke deutsche Truppenkörper bedroht sein: der Südwesten durch die Nordostkolonne v. Estorff, von Südwesten durch die Hauptkolonne des Gouverneurs und von Nordosten durch die mit dem Detachement Volkmann vereinigte Nordkolonne Zülow. Es muß jetzt vor allem verhindert werden, daß Samuel, der unter keinen Umständen in seinem Lager am Omuramba vorzeitig beunruhigt werden sollte, den Omuramba abwärts nach Nordosten durchbricht, ebenso aber auch, daß er in die Felsen des Waterbergs flüchtet. Durch die letztere, an sich nicht leicht zu hindernde Eventualität würde die Arbeit der deutschen Truppen ungeheuer erschwert. Bleibt Samuel in Otahitua, bis der Ring sich schließen kann, dann ist er nach menschlicher Berechnung verloren. Jedenfalls hat die neueste Meldung des Gouverneurs aufs neue die alte Annahme bestätigt, daß die Hauptentscheidung des ganzen Herero-Feldzugs in der Gegend des Waterbergs fallen wird. Man kann nur hoffen, daß sie bald fallen möge.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Lage auf der Kwantung-Halbinsel.

* **Tokio**, 7. Juni. Außer der zweiten Armee unter General Oku (1., 3. und 4. Division) sind sicher noch die 5. und 11. japanische Division auf der Kwantung-Halbinsel. Sie werden hier meist als dritte Armee bezeichnet. Daß der russische General Fock, wenn auch unter größeren Opfern als russischerseits zugegeben, mit der vierten russischen Division nach Port Arthur zurückgelangt ist, verdankt er dem Umstande, daß seine Umfassung noch nicht soweit gelungen war, als hier angenommen wurde. Jetzt stehen die 5. und 11. Division nordöstlich von Port Adams als Deckung der Bewegung Okus auf Port Arthur. Letzterer ist jederzeit in der Lage, die auf der Kwantung-Halbinsel befindlichen japanischen fünf Divisionen gegen die von Kuropatkin zu einem Entsatze Port Arthurs heranzuführenden Kräfte zu vereinigen und doch die Belagerung von Port Arthur aufrecht zu erhalten, da weitere Belagerungstruppen mit starker, schwerer Belagerungsartillerie schon bei Dalny gelandet sind und nun zunächst wohlverschanzt vor Port Arthur in Stellung gebracht werden, so daß sie jeden Ausbruch des russischen Verteidigers verhindern können.

Vor Port Arthur.

Tokio, 8. Juni. (Reuter.) Vier Kanonenboote unternahmen um Mitternacht am Montag bei Port Arthur eine sehr genaue Untersuchung der Einfahrt. Sie waren einer scharfen Beschießung ausgesetzt, wobei das Kanonenboot Nr. 4 acht mal getroffen wurde und einige Havarie erlitt. Ein Matrose wurde getötet und zwei verwundet.

Weitere Meldungen.

Paris, 8. Juni. Von einem Vertreter des „Petit Parisien" befragt, erklärte der französische Botschafter in Petersburg: Man würdige dort Frankreichs Haltung und sei für seine Sympathien dankbar. Rußland werde den Krieg bis ans Ende führen und alle Petersburger Kreise verkünden diese unwiderrufliche Absicht.

London, 8. Juni. Der Petersburger Berichterstatter der „Daily News" will angeblich aus zuverlässiger Quelle wissen, daß der Versuch Alexejews und der Flottenpartei, den Zaren zu veranlassen, dem General Kuropatkin den Marsch zum Entsatze von Port Arthur anzubefehlen, gänzlich gescheitert sei. Trotz der Gegenvorstellungen der Partei Alexejews kündigte der Zar die Absicht an, Kuropatkin freie Hand zu lassen.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 8. Juni.

* **Der Stand der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen** wird nach Mitteilung einer Korrespondenz gänzlich geheim gehalten und es ist fernstehenden Kreisen ganz unmöglich, nähere Nachrichten hierüber zu erhalten, da die Delegierten beider interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichtet haben, über die Verhandlungen nichts in die Oeffentlichkeit zu bringen. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen, wie vielfach behauptet wird, sondern werden auf schriftlichem Wege weitergeführt. Das in den persönlichen Verhandlungen in Berlin und Petersburg durchgearbeitete Material wird jetzt nur zusammengestellt und vervollständigt. Der gegenwärtige Handelsvertrag wird noch einige Zeit — ob ein Jahr? — in Kraft bleiben, nachdem Rußland oder Deutschland ihn gekündigt haben wird. Demnach ist — abgesehen von dem Drängen der Agrarier — gar kein Grund zu einer besonderen Eile vorhanden. Wir sind in der Lage, bestimmt erklären zu können, daß man in offiziellen russischen Kreisen von irgend welchen definitiven Abmachungen durchaus nichts weiß.

* **Die Aussichten der Kanalvorlage.** Dieser Tage fand in Magdeburg die Hauptversammlung des Bundes der Landwirte statt. Wie man sich auch zu den sachlichen Forderungen der Agrarier stellen möge, eins muß man den Biedermännern in Stulpstiefeln ohne Einschränkungen zugestehen: sie nehmen kein Blatt vor den Mund und wenn sie gesprochen haben, so weiß man, was sie wollen. Wir möchten dies in unserer Zeit allzu schwächlicher Kompromißklügeleien allen Ernstes als einen Vorzug bezeichnen, wenn auch die Formen, in denen die Herren Landwirte sich bewegen, etwas jenen „Stallgeruch der Männlichkeit" an sich tragen, von dem einmal der geistreiche Ludwig Speidel sprach. Der provinziale Häuptling des Bundes, Herr Schiomer-Neuhaus gab sich zwar anfangs geradezu litterarisch. Er zitierte unsere Klassiker mit dem Worte: „Wir wollen endlich Taten sehen!" und hinsichtlich einer freundlichen Aeußerung der städtischen Kreise in Magdeburg fand er das zweite Zitat: „Die Botschaft hört' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!" Dann aber schleuderte er den Blitzstrahl gegen die Regierung und erklärte kurz und bündig: „Für den Kanal sind wir nicht zu haben!" Nach ihm sprach der Abgeordnete Graf Reventlow-Wulfshagen mit dem derb agitatorischen Witze, der diesen Redner auszeichnet. Er griff die Regierung heftig an, allein zwischen seinen Worten erklang es ganz deutlich, daß eben dieser Graf Reventlow für die Regierung fanatisch klopffechten würde, wenn sie nur in Bezug auf die Handelspolitik durch das kaudinische Joch gehen wollte.

„Es wird am Ende wieder heißen: „Fritz, Vogel, aber friech!" Wir wollen aber nicht fressen und selbst auf die Gefahr hin, daß die Regierung bei der eventuellen Ablehnung der Verträge den bestehenden Zustand mit seinen für uns nachteiligen Folgen beibehält, die Verträge, wenn sie so aussehen sollten, wie wir fürchten müssen, glatt ablehnen."

Da man weiß, wie eng die Konservativen mit dem Bunde der Landwirte verknüpft sind, so kann man aus den Aeußerungen der Herren ungefähr entnehmen, welche Chancen die Kanalvorlage hat. Wir dürften sie in einem der nächsten Jahre nach der üblichen Pause und mit einigen passenden Veränderungen wiedersehen. Sie ist für die Politik das geworden, was für die Presse vergangener Jahre in der Hundstagszeit die große Seeschlange war. Welchen Eindruck die Ausführungen des Grafen Reventlow auf den Reichskanzler machen werden und wie sich die Handelspolitik der nächsten Jahre gestalten wird, wissen wir nicht. Eins glauben wir indessen mit Sicherheit annehmen zu können, daß eine Aera extremer Schutzzölle nicht zu befürchten ist. Nicht etwa, weil es der Regierung an Geneigtheit fehlen sollte, hochmögenden Einflüssen, die hinter den Coulissen spielen, nachzugeben, sondern deshalb, weil auch der politische Widersinn eine Grenze hat, die nicht ohne augenblickliches Eintreten schwerster Folgen überschritten werden kann. Graf Bülow besitzt gesunden Menschenverstand genug, um das einzusehen.

* **Der Zweck heiligt die Mittel!** In dem Zivilprozeß des Grafen Hoensbroech gegen den Kaplan Dasbach ist, wie gemeldet, die Klage kostenfällig abgewiesen. In der Begründung heißt es:

Der Verklagte hat in einer öffentlichen Versammlung erklärt, er zahle dem 2000 Gulden, der nachweise, daß der Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel" sich in jesuitischen Schriften finde. Der Kläger hat den Verklagten beim Wort genommen, er behauptet, er habe den geforderten Nachweis erbracht, er hat dann Klage auf Auszahlung der 2000 Gulden erhoben, indem er davon ausgeht, daß eine Auslobung auf Grund des § 657 des B. G.-B. vorliege. Der Verklagte hat bestritten, daß die Klage schlüssig sei, er behauptet, es liege hier eine Unterart der Auslobung vor, die Preisbewerbung, bei der er den Preisträger zu bestimmen habe. Bei Prüfung der Sache ist das Gericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Preisbewerbung nicht vorliegt, hierbei ist Voraussetzung, daß ein Wettbewerb stattfindet; davon kann hier keine Rede sein. Andere Einwendungen hat der Verklagte nicht gemacht. Trotzdem hatte das Gericht das Recht und die Pflicht, zu prüfen, ob die Klage rechtlich begründet sei. Der § 657 setzt voraus, daß jemand durch öffentliche Bekanntmachung für die Vornahme einer Handlung, insbesondere für die Herbeiführung eines Erfolges, eine Belohnung aussetzt. Aus der religiösen und politischen Stellung des Verklagten ergibt sich nun unbestreitbar, da er den Nachweis, der erwähnte Grundsatz finde sich in jesuitischen Schriften, gar nicht wünscht, ja daß er der Ansicht ist, dieser Grundsatz finde sich überhaupt nicht dort. Offenbar hat er also weder die Handlung noch den Erfolg gewollt. Was er wollte, ist offenbar nur die Erklärung gewesen: wenn jemand behauptet, daß sich der Grundsatz in jesuitischen Schriften finde, so wird dieser Nachweis ihm nicht gelingen, und dagegen wolle er (Dasbach) einen Einsatz von 2000 Gulden wagen. Das sind aber die rechtlichen Momente der Wette, einer besonderen Art von Wette, die der Oeffentlichkeit gegenüber, also einseitig gemacht ist. Der Wette ist aber die Klagbarkeit im § 762 B. G.-B. versagt. Die Klage war also abzuweisen, ohne auf die Prüfung der Sache selbst einzugehen.

Dies Urteil, das übrigens noch nicht endgültig sein wird, bildet eine schätzbare Bereicherung des Kapitels: Der Zweck heiligt die Mittel.

*

* **Gotha**, 8. Juni. Die gestern vollzogenen Wahlmännerwahlen zum Gothaischen Landtag hatten das Ergebnis, daß voraussichtlich der neue Landtag sich zusammensetzt aus 6 Sozialdemokraten und 12 bürgerlichen Abgeordneten. In einem Wahlkreis (Friedrichroda) findet Stichwahl mit günstiger Aussicht für den bürgerlichen Kandidaten statt. Die Sozialdemokraten verlieren drei Mandate.

* **Darmstadt**, 7. Juni. Der Wahlrechtsausschuß der Zweiten Kammer hielt heute vormittag und nachmittag Sitzungen ab. Abg. v. Brentano (Zentr.) verlas den Bericht über die Wahlrechtsvorlage. Der Ausschuß trat einstimmig der von ihm auf Grundlage des Gutfleischschen Kompromißantrags beschlossenen Fassung des Regierungsentwurfs bei. Selbst der bauernbündlerische Abg. Köhler gab seinen bisherigen Widerstand gegen die Vorlage auf, nachdem er durch eine kleine Konzession bei der Wahlkreiseinteilung beschwichtigt worden war.

* **Aizey**, 7. Juni. Bei Gelegenheit des Streites zwischen der hiesigen Ortskrankenkasse und den Aerzten hatte sich Dr. Reymann in Plonheim den Ortskranken gegenüber verpflichtet, die Stelle eines Kassenarztes zu übernehmen. Als der Tag der Uebernahme kam, lehnte Dr. Reymann die Kassenarztstelle ab. Die Ortskrankenkasse strengt nunmehr gegen Dr. Reymann eine Schadenersatzklage an. Das Gericht hat auf den Vermögensbestand des Dr. Reymann bereits eine vorläufige Arrestanlage in Höhe von 15 000 ℳ verfügt.

SLUB
Wir führen Wissen.